

Die Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin (DGSPJ) hat die neue Bundesregierung nachhaltig aufgefordert, künftig mehr für sozial benachteiligte, arme, chronisch kranke und behinderte Kinder und Jugendliche in Deutschland zu tun. Den großen Worten in den Wahlprogrammen und Koalitionsgesprächen sollten nun tatsächlich Taten folgen.

Dabei ist es für DGSPJ-Präsident Hans-Michael Straßburg allerdings der falsche Weg, dass die CDU als Mittel gegen die Kinderarmut in Deutschland primär die "Selbsthilfekräfte" wecken möchte. Diese sind laut CDU "auch bei Menschen in wirtschaftlich schwierigen Lebenslagen vorhanden." Um die Kinderarmut zu bekämpfen, sollen die Rahmenbedingungen vor allem für Familien und für den Berufseinstieg von Jugendlichen verbessert werden. Um der Kinderarmut wirklich wirksam begegnen zu können, müssten die Angebote der frühen Hilfen vereinheitlicht werden und möglichst alle Kinder vollständig an den Früherkennungsuntersuchungen teilnehmen. Durch konsequente Prävention von Kindesvernachlässigung könnten laut Straßburg Gelder in Milliardenhöhe gespart werden! Um insbesondere den Spracherwerb von Kindern aus Migrantenfamilien zu verbessern, sieht die CDU den Schlüssel darin, früher als bislang den Kontakt von Kindern mit deutscher Muttersprache zu Kindern mit Migrationserfahrung herzustellen. Dazu solle "die Integrationskraft von Kindergärten und Schulen verstärkt" werden. Ziel dabei ist es, die Zahl der Schulabbrecher bis 2012 zu halbieren und das Bildungsniveau der Kinder mit Migrationserfahrung an das Bildungsniveau der einheimischen Kinder anzugleichen. Auch die FDP sieht die gesundheitliche Förderung und Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund als "wichtig" an. Um hier konkrete Fortschritte zu erzielen, sieht der DGSPJ-Präsident frühzeitige Maßnahmen zur Sprachförderung (Elternterapie, Gruppentherapien) und kostenfreie Kindertagesstätten als besonders wichtig an.

Zur Stärkung der sozialpädiatrischen Versorgung in Deutschland verweist die CDU vor allem auf die nun vorhandene Möglichkeit, krankenhausindividuelle ergänzende Pauschalen zusätzlich zur ambulanten vertragsärztlichen Vergütung zu vereinbaren. Für die FDP "gewinnt die Sozialpädiatrie eine immer größere Bedeutung, der auch im Rahmen der Aus- und Weiterbildung entsprechend Rechnung getragen werden muss." Um die Sozialpädiatrie aber tatsächlich effektiv zu stärken, ist es für Straßburg unerlässlich, dass auf dem Deutschen Ärztetag die Zusatzbezeichnung Sozialpädiatrie als qualifizierte Weiterbildung verabschiedet und dann auf Landesebene praktisch umgesetzt wird.

Die Kindertagesstätten möchte die FDP künftig zu "Familienzentren" weiterentwickeln, indem zum Beispiel auch eine Sprachförderung für Eltern angeboten werden soll. Die CDU will hier insbesondere bei den Erzieherinnen und Erziehern ansetzen und neue Schwerpunkte bei der Weiterbildung setzen. Auch hier fordert die DGSPJ von der neuen Regierung konkretere Aussagen ein. Notwendig seien ein Hochschulabschluss für Erzieherinnen und Erzieher mit besonderem Verantwortungsbereich sowie ein deutlich verbesserter Personalschlüssel für die Betreuung von Kindern in KiTas und Kindergärten. Das von allen kinderärztlichen Verbänden geforderte Präventionsgesetz lehnen Union und FDP rigoros ab. Statt einer "zentralistischen Steuerung" im Rahmen eines Gesetzes, baut die CDU auch hier eher auf die Stärkung der Eigenverantwortung und auf die Weiterentwicklung von Bonusmodellen. Die DGSPJ fordert dagegen ein Präventionsgesetz und mehr finanzielle Mittel für die Früherkennung, insbesondere für die primäre Prävention.

Eindeutig legt sich die FDP auf eine "möglichst weitreichende inklusive Beschulung" von Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen fest. Dazu sollen entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen und diese mit den jeweiligen Verbänden abgestimmt werden. Dieses Angebot, so Straßburg, werden die Sozialpädiater natürlich gerne aufnehmen. Gerade bei ihrer letzten Jahrestagung hatte sich die DGSPJ in Mannheim eindeutig für eine Inklusion aller Kinder mit chronischen Krankheiten und Behinderungen in deutschen Schulen ausgesprochen. Allerdings sollte dabei die sonderpädagogische Qualität der Betreuung nicht reduziert werden. Auch in Zukunft müssten spezialisierte sonderpädagogische Einrichtungen in jedem Fall erhalten werden.